

Graudenzer

Beitrag.

Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen, kostet für Graudenzer in der Expedition, Marienwerderstraße 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich voranzahlbar 1,80 M., einzelne Nummern 15 Pf.

Verantwortlich für den redaktionellen Theil: Paul Fischer, für den Kellamenn und Anzeigenheil: Albert Broschel, beide in Graudenzer. Druck und Verlag von Gustav Köthe in Graudenzer.



Anzeigen nehmen an: Briesen: P. Gonschorowski. Bromberg: Gruenauer'sche Buchdr. Dr. Eylau: D. Barthold. Gollub: D. Kasten. Lauenburg: W. Jung. Liebenicht: Dr. C. Kühn. Marienwerder: R. Kamter. Rastau: F. C. Behr. Reidenburg: Paul Müller, G. Reip. Reumarkt: F. Köpfe. Osterode: P. Minning's Buchbdlg., F. Albrecht's Buchdr. Niesenburg: Fr. Med. Rosenber. S. Boforan. Soldau: „Globe“. Strasburg: A. Friedrich. Anzeigen die gewöhnliche Petitzeile 15 Pf., Privatanzeigen aus dem Regierungsbezirk Marienwerder 18 Pf.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

Für den Monat Juni werden Bestellungen von allen Postanstalten und von den Landbriefträgern zum Preise von 60 Pf., frei ins Haus zu 75 Pf. entgegen genommen.

Die Expedition des Gefelligen.

Zur Lage.

Die Patrioten in Frankreich sind in großer Bekümmerniß wegen eines „Berraths“. Der Erfinder des Melniks, Turpin, hat eine Schrift veröffentlicht, in welcher er die Art der Bereitung dieses Sprengmittels mittelst und einen gewissen Tripinnet beschuldigt, ihm das Geheimniß der Erfindung entwendet zu haben, während er mit dem Kriegsminister wegen Verhinderung desselben in Unterhandlung stand. Die Schrift behauptete, Tripinnet habe nachher eine Stellung im Kriegsministerium erhalten, die derselbe mißbraucht habe. Das Gericht hat darauf die Beschlagnahme der Schrift verfügt, am Sonnabend Tripinnet und diesen Sonntag auch Turpin verhaften lassen.

Turpin hat, wie uns weiter von diesem Sonntag aus Paris gemeldet wird, an den Kriegsminister Freyinet seine Schrift mit den Photographien der Pläne gesandt, welche Tripinnet dem bekannten englischen Waffenhause Armstrong mitgetheilt hatte. Die Photographien sind in London gefertigt, die Pläne betreffen Sprengminen, Melniksbomben und gewisse Berichte über artilleristische Gegenstände.

Turpin und Tripinnet, sowie ein der Beihilfe verdächtiger Referent, werden auf Grund des Gesetzes vom 18. April 1886 wegen Veröffentlichung einer für die Landesverteidigung wichtigen Urkunde verfolgt werden.

Es ist auffällig, schreibt man der „Köln. Ztg.“ aus St. Petersburg, wie eng sich seit der letzten Zeit die Beziehungen der St. Petersburg'er ersten Gesellschaft zu der französischen gestalten. Seit vorigem Herbst haben wir fortwährend Franzosen in den hiesigen Salons, Offiziere, verschiebete Minister, Senatoren, Künstler, in solcher Zahl, wie sie früher nicht gesehen wurden. Im Juni wird der Jar die französische Ausstellung in Moskau besuchen; vorher wird aber das französische Geschwader in Kronstadt ein treffen, und dessen Offiziere, sowie die mitgeführten französischen Gäste werden dann zur gleichen Zeit, wie der Jar, Moskau besuchen, wodurch natürlich der Franzosenkultus bedeutend gefördert werden wird.

Die Mitglieder der großen belgischen Vereinigung „Ritter der Arbeit“ haben eine neue Forderung erhoben. In der diesen Sonntag in Charleroi stattgehabten Versammlung sprachen sie sich für den achtstündigen Arbeitstag und für Lohnerhöhung aus. Erst nach Bewilligung dieser Forderungen wollen sie die Arbeit wieder aufnehmen. Die Behörden von Charleroi haben deshalb bei der Regierung die Befassung der Truppen in Charleroi sowie eine Verstärkung derselben nach gesucht.

Ein deutscher Gelehrter, der in Korfu, wo er mehrmals zu Studienzwecken gewest, gute Beziehungen unterhält, hatte sich nach Ausbruch der Unruhen an einen dortigen griechischen Kollegen gewendet, um zuverlässige Auskunft über den wirklichen Stand der Angelegenheit zu erhalten. Dieser direkte Zweck wurde nun zwar nicht erreicht, da der Adressat diesen Winter und Frühling nicht auf Korfu, sondern auf Reisen verlegt hat, über Entstehung und Verlauf der Unruhen also nichts mitzuteilen in der Lage war. Dagegen bietet der Brief aber Aufschlüsse über die dortigen Verhältnisse und besonders über die Beziehungen der christlichen Konfessionen zu den Juden. Wir entnehmen dem Schreiben, welches die „Straßburger Post“ in deutscher Uebersetzung mittheilt, folgende Einzelheiten.

Nichts ist wohl unrichtiger, als zu behaupten, der Antisemitismus habe bisher in Korfu keinen Boden gehabt und sei eine erst jetzt künstlich erzeugte und von außen eingeschleppte Bewegung, wie dies einige deutsche Blätter vorgebracht haben. Antisemitismus im Sinne der Bewegung in Deutschland giebt es in Korfu nicht, dafür aber eine Art des Judenhaßes und der Judenverachtung. Man behandelt im Orient den Juden im Allgemeinen stets sehr roh und unfreundlich. Wenn man zu ihm spricht, geschieht es in rauhem Befehlston. Wenn man etwas von ihm kauft, so schreit man ihn an: „Aber daß Du mich nicht betrügst!“ Wenn man ihn auf der Straße anruft, ohne seinen Namen zu kennen, so ruft man wohl noch heute kurzweg „Jude!“ Bis zum heutigen Tage giebt es in Korfu ein Ghetto, ein Judenviertel, in welchem fast alle Juden (5000 an der Zahl) wohnen. Die meisten derselben sind Händler. Man kann die Leute nicht mit den Juden in Deutschland, England und Frankreich vergleichen, die Banken, Fabriken und große Geschäfte haben, in der vornehmen Gesellschaft verkehren, adelig und Barone werden, ihre Töchter an hochstehende Leute und vornehme Offiziere aus alter Familie verheirathen, ihre Söhne auf die besten Schulen schicken und so weiter. Die Korfu'er Juden sind der Mehrzahl nach — es giebt auch reiche Ausnahmen, aber die leben nicht im Judenviertel und halten nicht zu den Uebrigen — arme Knecht, die froh sind, mit kleinem Handel ihr Leben zu fristen. Ihr Leben in der Familie ist ganz patriarchalisch; der Vater ist der unumschränkte Herr im Hause; die Kinder sind von großer Ehrerbietung gegen ihre Eltern besetzt, die Geschwister wachen mit inniger Liebe aneinander. Ihre Glaubensvorschriften

befolgen sie sehr streng. Untereinander unterstützen sie sich nach Kräften. Ein Hauptvorwurf, den die Geistlichkeit gegen sie erhebt, ist, daß sie an den jüdischen Feiertagen keine Geschäfte machen, dagegen an den christlichen Sonntagen ihren Handel betreiben. Das könnten aber die Christen selbst leicht ändern, wenn sie nur wollten.

In Argentinien hat sich unter der heißblütigen romanisch-indianischen Bevölkerung wieder das Bedürfniß geltend gemacht, zur Abwechslung ein kleines „Revolutionschen“ in Betrieb zu setzen. In der Provinz Cordoba brach der Aufstand los, blieb aber nur auf den Feind beschränkt, denn die Regierung, an dergleichen unliebsame Abwechslungen gewöhnt, hatte bei Zeiten genügende Truppenverstärkungen von Buenos-Ayres abgelandt. Ein Stunden donierte der Kampf. Am Morgen des 22. Mai war er zu Ende. Fünfundzwanzig Personen sind bei den Unruhen getödtet worden und Argentinien hat wieder Ruhe.

Für die preussischen Landtagsabgeordneten ist die Pfingstpause nur eine Erholungspause gewesen, sie müssen am nächsten Dienstag wieder an die Arbeit. Nur noch einige Tage, und auch Herr v. Küller wird der Blumenpende theilhaftig werden, die sich als eine dem Präsidenten gebührende Huldigung für das volle Hundert der Sitzungstage bei uns eingebürgert hat, und mit dem langen Reichstag wird der lange Landtag weitergehen können.

Die nächste und dringendste Aufgabe für den letzten Abschnitt der Tagung ist die Erledigung des Staatshaushalts. Der zweite Monat des neuen Etatsjahres neigt sich dem Ende zu, ohne daß die Regierung im Besitz der gesetzlichen Vollmacht für die Leistung der Ausgaben ist. Vor einem Menschenalter würden sich die schwersten Bedenken gegen einen solchen Zustand erhoben haben, heute erträgt man ihn mit stumpfer Gelassenheit und hat sogar den Antrag, der Regierung für die Zwischenzeit eine Vollmacht zu erteilen, als überflüssig abgewiesen. Das ist nicht in der Ordnung.

Im Hinblick auf die im Abgeordnetenhaus bevorstehende zweite Lesung der Vorlage über die Verwendung der Sperrgelder bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen anscheinend von der Regierung herrührenden Artikel, an dessen Schluss es heißt: Wenn die Staatsregierung mancherlei von Seiten des Centrums auf anderen Gebieten erhobenen Forderungen nicht nachkommen kann, so mußte es ohne Zweifel als ein Akt der Klugheit erscheinen, dies wenigstens in Sachen der Sperrgelder zu thun. Sicherlich hat der preussische Staat keinerlei Interesse daran, die konfessionellen Gegensätze zu schärfen, sondern vielmehr daran, auf deren Ausgleich hinzuwirken. Deswegen aber muß der Staatsregierung auch daran liegen, den katholischen Unterthanen zu zeigen, wie sie das rechtliche Bestreben hat, deren Wünschen und Bedürfnissen so weit gerecht zu werden, als es mit den staatlichen Gesichtspunkten irgend vereinbar ist. Dieses wollte die Staatsregierung durch ihre Vorlage erreichen.

Berlin, 24. Mai.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Amsterdam gemeldet, der Minister des Aeußeren habe einer Abordnung der deutschen Hilfs- und Turnvereine mitgetheilt, die Kaiserin werde den Kaiser bei seinem Besuche in Amsterdam begleiten.

Das Gerücht, daß Bennigsen Nachfolger Büttchers werden solle, wird von verschiedenen Blättern besprochen. Die „Nationalzeitung“ bespricht, daß Herr von Bennigsen in Hannover wegen der welfischen Agitation und Bismarcks Wahl sich in einer peinlichen Lage befinde und sagt: Wir wissen nicht, ob Herr von Bennigsen Minister wird; aber wir wissen, daß, falls er ein Ministeramt übernehmen sollte, es sicher nicht darum geschehen würde, weil seine Stellung in Hannover eine peinliche und unerquickliche wäre.

Im Abgeordnetenhaus wird sich bald nach dem Wiederbeginn der Arbeiten eine freie Kommission bilden, welche auf eine Verabredung über die Beschlüsse des Herrenhauses zur Landgemeindeordnung hinwirken soll. In früheren ähnlichen Fällen haben derartige Kommissionen Fühlung mit der Regierung genommen. Es wird sich zeigen, ob dies auch jetzt zu erreichen ist. Einstweilen bemerkt man in Abgeordnetenkreisen wenig Reueigung, die Landgemeindeordnung nach der Fassung des Herrenhauses anzunehmen.

Aus dem pommerischen Kreise Kolberg-Rörlin liegen der Staatsregierung sehr interessante Berichte über umfangreiche Parzellirungen vor, welche dort in der jüngsten Zeit in aller Stille stattgefunden haben. Zwei Privatleute aus der Stadt Kolberg haben große Güter im Umfange von 30000 Morgen in kleine Besitzungen zerlegt, auf denen, unter sorgfältiger Prüfung der persönlichen Verhältnisse der neuen Erwerber, kleine Landwirthe angesiedelt werden. Die Ansiedelung ist zur Zufriedenheit aller Beteiligten erfolgt.

Die fünfte Hauptversammlung des Deutschen Vereins für Knabenhandarbeit fand diesen Sonntag in Eisenach unter dem Vorsitz des Herrn von Lemmer's-Bremen statt. Lehrer Hertel-Zwickau und Kalb-Gera sprachen über den Arbeitsunterricht für Knaben von 7 bis 10 Jahren. Eine von Groppler-Berlin vorgeschlagene Erklärung, in welcher die Nothwendigkeit einer Verbindung zwischen den Arbeiten des Kindergartens und der Schülerwerkstatt betont und den deutschen Schülerwerkstätten praktische Versuche in dieser Richtung empfohlen werden, gelangte einstimmig zur Annahme. Zum nächstjährigen Versammlungsort wurde Stützigberg i. Pr. bestimmt.

Diesen Sonntagabend waren auf den Gruben des Saargebietes insgesammt 1891 Mann ausständig.

Die österreichischen und russischen Mitglieder der internationalen Wechselregulirkommission haben auf einem russischen Dampfer eine Rundfahrt auf der Weichsel angetreten; nach Beendigung derselben im Juni wird die Kommission in Warschau zu einer gemeinsamen Berathung zusammentreten.

Oesterreich - Ungarn. Zu Ehren der Mitglieder des Welt-Post-Kongresses fand diesen Sonntagabend bei dem Handelsminister ein glänzendes Mahl statt, an welchem die Minister, sowie der Bürgermeister Dr. Prig theilnahmen. Staatssekretär Stephan sprach während der Tafel seinen Dank für den den Theilnehmern an dem Kongresse bereiteten gastlichen Empfang aus und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser von Oesterreich. Der Handelsminister Marquis de Bacquehem erwiderte mit einem Trinkpruch auf die Herrscher und Staatsoberhäupter der auf dem Kongresse vertretenen Staaten.

Frankreich. Am Jahrestage der Kämpfe auf dem Pere Lachaise, dem großen Kirchhof von Paris, im Jahre 1871 fanden diesen Sonntag mehrere Kundgebungen statt. Einige Reden wurden gehalten.

Bei Berathung der Zolltarifvorlage in der Deputirtenkammer gab der Minister des Aeußeren Ribot die Erklärung ab, die Regierung könne niemals Frankreich nach Außen hin verpflichten, ohne daß eine solche Verpflichtung vom Parlament genehmigt werde. Der Mindesttarif werde die Regierung an Unterhandlungen nicht hindern. Der Abgeordnete Peytral forderte darauf die Regierung auf, sich deutlicher und bländiger auszusprechen. Derselbe habe früher erklärt, sie werde sich niemals dazu verstehen, beim Abschluß von Verträgen noch unter die Sähe des Mindesttarifs hinunterzugehen. Der Präsident der Tarifkommission, Méline, hob hervor, daß der günstigste Tarif, welche man den Nationen, die sich entgegenkommend zeigen, bewilligen könne, der Mindesttarif sei. Die Regierung behalte das Recht, Verträge abzuschließen, dieses Recht sei aber durch die Vorlage beschränkt. Die Regierung werde die moralische Verpflichtung haben, sich an die von der Kammer genehmigten Tarife zu halten.

Der Mindesttarif wird auf Waaren aus denjenigen Ländern anzuwenden sein, welche französischen Produkten entsprechende Vergünstigungen einräumen und ermäßigte Tarife für dieselben gewähren. Sollte die Kammer die Streichung dieses Paragraphen ablehnen, so wird der Abg. Deloncle die Einfügung der Worte „mittels Erlasses des Präsidiums der Republik“ vor „wird anzuwenden sein“ verlangen. Auf Grund dieser Abänderung würde der Artikel des Zolltarif-antrages nicht mehr eine Beschränkung des Rechts der Regierung, bei Verträgen noch unter die Sähe des Mindesttarifs herunterzugehen, enthalten.

Ueber die Lage der Marceller Mühlen-Industrie wird dem Pariser Blatte „Temps“ aus Marseille gemeldet, daß in Folge der Ungewißheit über die zukünftige Höhe der Getreidezölle bereits zehn große Mühlen ihren Betrieb eingestellt hätten, während andere zehn nur einige Tage wöchentlich arbeiten. Vierzig Unternehmungen beschäftigten den Betrieb nur so lange zu führen, bis ihre Vorräthe erschöpft wären. Hierdurch würden 20000 Arbeiter in ihrer Existenz bedroht.

Die Deputirtenkammer hat den Antrag Biger betreffend die Herabsetzung des Eingangszolles für Getreide auf 3 Frcs. und für Mehl auf 6 Frcs. mit der Maßgabe, daß das beantragte Gesetz für die Zeit vom 1. August 1891 bis zum 1. Juni 1892 Geltung erhalten solle, angenommen. 349 Abgeordnete stimmten für, 136 gegen den Antrag.

In Paris hat diesen Sonntag eine Versammlung von 2000 Personen stattgefunden, welche sich mit der Einfuhr von geschlachtetem Vieh beschäftigte. Die Versammlung nahm eine Erklärung an, in welcher eine Gleichstellung der Zölle bei geschlachtetem und lebendem Vieh gefordert wird. Die Erklärung verlangt ferner, daß die nach Frankreich eingeführten Thiere zerlegt seien und daß das Verbot der Einfuhr von Hammeln aufgehoben werde.

Vatikan. Der Papst wird, obwohl derselbe sich vollkommen wohl befinden soll, nach Abhaltung des Konsistoriums, am 4. Juni, die außerordentlichen Empfänge während der Dauer der heißen Jahreszeit einstellen.

Rußland. Der Großfürst-Thronfolger hat seine Seereise beendet und ist nach einer vorzüglichen Ueberfahrt in Wladivostok eingetroffen. Der junge Fürst befindet sich vollkommen wohl.

Aus Anlaß der Ankunft des Großfürsten-Thronfolgers in Sibirien wird ein kaiserlicher Ukas veröffentlicht, welcher gen Verurtheilten erhebliche Strafmilderungen und Begnadigungen bewilligt. J. B. wird solchen zu Zwangsarbeit Verurtheilten, welche „der Gnade würdig sind“, ein Nachlaß von 1/3 der Strafe gewährt, um ebenjoviel wird den Verurtheilten die Zeit, während welcher sie sich bei den sibirischen Landbewohnern einschreiben lassen müssen, herabgemindert, nach 10 weiteren Jahren wird ihnen die freie Wahl ihres Aufenthalts außer in den Hauptstädten gestattet und nach demselben Zeitraum werden ihnen die durch das Urtheil abgesprochenen besonderen Rechte zurückgewährt. Die Eingesperrten endlich treten nach 15 Jahren in den Vollbesitz ihrer Rechte zurück. Zugleich wird ein kaiserlicher Erlass an den Thronfolger veröffentlicht, durch welchen dieser bevollmächtigt wird, den Bewohnern Sibiriens den kaiserlichen Willen kundzugeben, das Land mit Rußland durch eine Eisenbahn zu verbinden und persönlich in Usurri den ersten Spatenstich zu thun.













